

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Ständerat für Änderung des Zollvertrages

Mit 36:0 Stimmen sprach sich gestern in Bern der Ständerat für die Änderung des Zollvertrages zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein aus. Der Nationalrat wird dieses Geschäft am Donnerstag in Behandlung ziehen. Der Landtag hatte sich bereits in seiner Sitzung vom 7./8. Mai mit der Zollvertragsänderung befasst und geschlossen der vorgeschlagenen Änderung seine Zustimmung erteilt. Mit dieser Änderung des seit 1923 bestehenden Zollvertrages erhält Liechtenstein die Möglichkeit, selbst Vertragsstaat internationaler Übereinkommen oder Mitgliedstaat internationaler Organisationen zu werden, sofern ihnen die Schweiz als Mitglied angehört.

Der Änderungsvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein war auf Regierungsebene bereits am 26. November 1990 in Bern unterzeichnet worden.

## Schwierige Endrunde der EWR-Verhandlungen

Gemeinsame Sitzung der zwölf EG- mit den sieben EFTA-Staaten über einen EWR in Luxemburg

Luxemburg (spk) Schon zu Beginn der Endrunde der EWR-Verhandlungen zeigte sich am Dienstag nachmittag, dass ein erfolgreicher Abschluss ausgesprochen schwierig sein wird. Österreich und die Schweiz haben zu verstehen gegeben, dass sie keine weiteren Zugeständnisse beim Alpen transit zu machen gedenken.

Die EFTA- und EG-Aussen- und Wirtschaftsminister, die sich am Dienstag morgen getrennt auf den Endspurt vorbereitet hatten, sind am Nachmittag zwar optimistisch ans Werk gegangen. Mit einem allfälligen Durchbruch wurde jedoch erst für die frühen Morgenstunden des Mittwoch gerechnet. Vom Ausgang der Verhandlungen hängt ab, ob zumindest der Inhalt des EWR-Vertrages am kommenden Dienstag wie geplant in Salzburg unterschrieben beziehungsweise paraphiert werden kann.

Wie nicht anders zu erwarten war, erwiesen sich als Hauptstreitpunkte die spanische und portugiesische Forderung nach einem Zugang zu Norwegens und vor allem Islands Fischgewässer, die Schaffung und die finanzielle Speisung eines EFTA-Fonds, der EG-Transit

durch Österreich und die Schweiz sowie die Frage, wann der EWR-Vertrag in Kraft treten soll: wenn ihn vier EFTA- und sämtliche 12 EG-Länder oder erst wenn sämtliche EFTA- und EG-Staaten ihn unterzeichnet haben?

## Ministertagung unterbrochen

Luxemburg (AP) Die gemeinsame Sitzung der zwölf EG- mit den sieben EFTA-Staaten über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist am Dienstag nachmittag in Luxemburg nach nur einer Viertelstunde Dauer für unbestimmte Zeit unterbrochen worden. Ursache bildeten Meinungsverschiedenheiten über die Fischereirechte. Es wurde eine separate Arbeitsgruppe der beiden Organisationen gebildet, welche die hängigen Probleme lösen soll.

Bereits vor der Aufnahme der EWR-Verhandlungen machten Österreich und die Schweiz klar, dass sie auf keinen Fall daran denken, der EG bis Freitag weitere Zugeständnisse beim Transit zu machen; dann wollen die EG-Verkehrsminister, die am Montag ihren Kollegen in den Aussenministerien der 12 EG-Länder empfohlen hatten, EG-Verkehrskommissar Karel van Miert solle bis Freitag Wien und Bern weitere Konzessionen abringen, erneut zu einer Ministertagung zusammenkommen. Die EG wollte aber auch bis Dienstag, bis zur Unterzeichnung des Inhalts des EWR-Vertrages in Salzburg, auf Schweizer und österreichische Konzessionen warten.

Sowohl Bundesrat und Aussenminister René Felber als auch Österreichs Aussenminister Alois Mock machten jedoch klar, dass daran nicht zu denken ist. Felber meinte auf eine Frage, ob die Schweiz bei ihrer Transistofferte noch etwas zulegen könnte: «Ganz sicher nicht». Und er räumte auch ein, dass die Schweiz den EWR-Vertrag «vielleicht nicht» unterzeichnen wird.

## LGU begrüsst neues Naturschutzgesetz

Die von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille an einem Pressegespräch angekündigte Revision oder Neufassung des Naturschutzgesetzes aus dem Jahre 1933 wird von der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) begrüsst. In den LGU-Nachrichten heisst es dazu, dass das geltende Gesetz die damalige Zeit widerspiegelt und den heutigen Anliegen an einen wirksamen Natur- und Landschaftsschutz nicht mehr Rechnung trage.

Die LGU-Nachrichten führen an, dass die immer länger werdenden Roten Listen ausgestorbener und gefährdeter Pflanzen- und Tierarten deutlich aufzeigen, wie weit man mit dem ungenügenden Gesetz gekommen sei: «Die Magerwiesenbestände sind auf wenige Restparzellen zusammengeschrumpft. Selbst in Naturschutzgebieten wird mit dem Güllewagen Jagd auf Orchideen und Torfmoos gemacht. Nicht viel besser sieht es mit dem liechtensteinischen Gewässersystem aus, welchem mit dem Bau der Rheinkraftwerke der nächste grosse Schlag bevorsteht.

Unter dem Siedlungs- und Verkehrsdruck, der intensiven Landwirtschaft, dem Energieverbrauch, dem zunehmenden Freizeit- und Erholungsdruck in den Naturlandschaften droht das bereits stark unterhöhlte natürliche Gefüge vollends auseinanderzubrechen.» Ein wirksames Naturschutzgesetz, so die Forderung der LGU, sei unerlässlich.

## Kräftemessen um internationale Berufsehren beginnt nächste Woche

Liechtensteinische Delegation für die 31. Internationalen Berufswettbewerbe offiziell verabschiedet - 9 KandidatInnen aus unserem Land

Am 29. Juni beginnt mit dem Start der 31. Internationalen Berufswettbewerbe (IBW) auf dem RAI-Messegelände in Amsterdam wiederum ein Kräftemessen um internationale Berufsehren. Nach intensiver, halbjähriger Vorbereitungszeit wurde nun unsere Delegation am Montag nachmittag vom Vertreter der Regierung, Regierungsrat René Ritter, offiziell verabschiedet. Während das Expertenteam den Weg nach Holland bereits morgen Donnerstag antritt, werden unsere neun KandidatInnen mit ihrer Mannschaftsführerin unser Land eine Woche später verlassen. Dort werden sie, wie Regierungsrat Ritter, Inhaber des Ressorts Wirtschaft, anlässlich der Verabschiedung betonte, Gelegenheit haben, ein Stück Lebenserfahrung zu sammeln, welches der liechtensteinischen Berufsbildung sicherlich Positives bringen werde.

Oberingenieur Walter Schädler, seit Jahren offizieller IBW-Delegierter unseres Landes, konnte am Montag nachmittag im «Schaanerhof» die 16köpfige Delegation, den Vertreter der Regierung sowie die Landespresse begrüßen. Er lobte den Einsatz, den alle Beteiligten, ihre Lehrbetriebe sowie Arbeitgeber in den vergangenen Monaten erbracht haben, den grossen Einsatz, der nicht zuletzt dem Land Liechtenstein und seiner Wirtschaft zugutekomme, hätten doch bisherige Berufswettbewerbe stets dazu beigetragen, dass unser Land positiv im internationalen Vergleich dastehe. Er betonte jedoch auch, dass ein Bestehen unter den besten Berufsleuten der Welt für unser Land zunehmend schwieriger werde, da die Konkurrenz bei derzeit 25 teilnehmenden Staaten in 38 Berufen doch mit erheblich weniger Rekrutierungsschwierigkeiten als wir zu kämpfen habe.

### 16köpfige Delegation

Im Anschluss an seine Begrüssungsworte stellte Walter Schädler unsere dies-



Am Montag wurden unsere TeilnehmerInnen an den Ende Juni beginnenden 31. Internationalen Berufswettbewerben offiziell verabschiedet. (Hintere Reihe v.l.n.r.) Harald Müller, Patrick Volle, Giorgio di Benedetto, Franz Hoop und Michael Marxer. (Vordere Reihe v.l.n.r.) Manfred Frei, Sonja Möhr, Evi Kaiser (Mannschaftsführerin), Michael Wohlwend und Rainer Schädler. (Bild bs)

jährige Delegation vor. Unser Land wird mit insgesamt neun jungen Leuten an den Start gehen. Es sind dies: Sonja Möhr, Balzers (Damencoiffeuse), Rainer Schädler, Triesenberg (Elektroinstallateur), Michael Marxer, Eschen (Starkstromelektriker), Franz Hoop, Ruggell (Maurer), Giorgio di Benedetto, Ruggell (Maler), Harald Müller, Mauren (Möbelschreiner), Manfred Frei, Ruggell (Zimmermann), Patrick Volle, Triesenberg (CNC-Metallbearbeiter) und Michael Wohlwend, Mauren (Landmaschinenmechaniker). Sie werden während der Wettbewerbe von der neuen Mannschaftsführerin Evi Kaiser aus Schaan betreut. Als ehemalige IBW-Teilnehmerin und Medaillengewinnerin in Irland im Jahre 1979 bringt Evi Kaiser doch schon etwas IBW-Erfahrung mit in diese anspruchsvolle Aufgabe.

Neben den KandidatInnen wird auch dieses Jahr wieder ein Expertenteam aus

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Bahn 2000 erhält freie Fahrt

Nationalrat für beschleunigtes Genehmigungsverfahren

Bern (AP) Die Bahn 2000 soll im Eilzugtempo verwirklicht werden. Mit 99 gegen 25 Stimmen hiess der Nationalrat wie bereits der Ständerat das von Bundesrat Adolf Ogi vorgelegte beschleunigte Plangenehmigungsverfahren gut und bejahte auch die Dringlichkeit der Vorlage. Da keine Differenz zum Ständerat geschaffen wurde, kommt die Vorlage am Freitag zur Schlussabstimmung und kann, falls Dringlichkeit beschlossen wird, am Tag danach in Kraft treten. Gegner der Bahn 2000 haben ein Referendum in Aussicht gestellt.

Die Redner im Nationalrat waren sich einig, dass die Bahn 2000 innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens gebaut wer-

den muss. Das Volk habe 1987 Ja gesagt und es gehe nicht an, dass der Wille des Souveräns durch Aktionen der Gegner boykottiert werde. Mit dem schnelleren Plangenehmigungsverfahren sollen nun die Fristen bei der Auflegung und Genehmigung der Pläne verkürzt werden. Namentlich geht es um eine Verkürzung des Instanzenweges, indem das dreistufige Einspracheverfahren Bundesamt, Departement und Bundesgericht auf die letzten zwei Instanzen beschränkt wird. Zudem sollen in einem neuen Vorprüfungsverfahren wichtige Fragen geklärt werden, bevor das Projekt öffentlich aufgelegt wird. Dabei gehe es nicht darum, die Rechte der Einsprecher zu schmälern, wurde mehrfach betont.

## Direktionsgehälter für Arbeitslose?

Unter dem Titel «Direktionsgehälter für Arbeitslose» übt «Das Gewerbe», das Mitteilungsblatt der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, heftige Kritik am Landtag und der Anhebung der Höchstgrenze für die Arbeitslosenversicherung. Die Erhöhung der Höchstgrenze des für die Arbeitslosenversicherung beitragspflichtigen Lohnes von 52 800 Fr. auf 97 200 Fr. komme einer Anhebung um 84 Prozent gleich, schreibt die Gewerbe- und Wirtschaftskammer und fügt hinzu: «Soziale Gerechtigkeit liegt hier weit entfernt.» Zudem wird bedauert, dass die Wirtschaftsverbände keine Möglichkeit hatten, sich zu diesem Gesetzesentwurf zu äussern, da die Regierung auf eine Vernehmlassung verzichtet hatte.

Ferner heisst es in dem Artikel, dass es offensichtlich die Absicht von Regierung und Landtag gewesen sei, den «Gut-Verdienenden die Fortführung des hohen Lebensstandards auch bei Arbeitslosigkeit sicherzustellen.» Grossverdiener kommen nach dieser Darstellung auf eine Bezugsmöglichkeit von 70 000 Fr. aus der Versicherungskasse, obwohl sie eigentlich in der Lage sein müssten, Reserven anzulegen. «Der Klein- oder Normalverdiener», schreibt «Das Gewerbe» weiter, «mit der uns bekannt hohen Verschuldung ist vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit gezwungen, die Verbrauchsausgaben auf das Existenzminimum zu beschränken.»

SICHERHEITSHALBER  
IN IHRER NÄHE.



ZÜRICH  
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein  
Josef Sale  
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz  
Telefon 075/2 43 33

**DENNER-Satellit**

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

5 kg Aprikosen  
Fr. 9.50

Beachten Sie die laufenden  
Denner-Aktionen in der Tagespresse.